

Der Nationalrat hat mit seinem 145. Bundesgesetz, Mittel in Höhe von 24 Millionen Euro für die Jahre 2021-2023 als Delogierungsprävention beschlossen. Daraus ergibt sich gemäß § 23 der GO der BVs folgende

Anfrage

1. Wie viele Mieter*innen in Penzing sind seit Juli 2020 von coronabedingten Mietrückständen und damit von Kündigungen/Zahlungsbefehlen und Delogierungen betroffenen?
2. Wie viele Betroffene haben sich in Penzing und in welcher Höhe um entsprechende Unterstützung bereits an das Bezirksamt und/oder an das zuständige Ministerium (Soziales, Gesundheit etc.) gewandt?

Begründung

Die Initiative des Nationalrates zur Wohnungssicherung ist für viele Menschen in unserem Bezirk von äußerster Wichtigkeit. Kein*e Mieter*in darf aufgrund von coronabedingten Zahlungsschwierigkeiten die Wohnung verlieren. Es ist auch wichtig, dass die Bezirke entsprechende Aufklärungsarbeit für die Mieter*innen im Bezirk initiieren bzw. diesbezügliche rechtliche Beratung anbieten.

Christin Spormann
Bezirksrätin